



Gelsenkirchener Erwerbslosenzzeitung



Ausgabe 02/2006

Die Zeitung zu Hartz IV in Gelsenkirchen ø abhängig ø parteilich

Dez. 2006

Gelsenkirchen Die erste Ausgabe der Gelsenkirchener Erwerbslosenzzeitung war ein großer Erfolg. Die renommierteste Rückmeldung kam aus Köln von Prof. Dr. Helga Spindler: „Liest sich gut.“ Natürlich gab es auch kritische Anmerkungen. Das ging über Inhalte bis hinein in den Vertrieb. Klar, aller Anfang ist schwer. Für die Meldungen, die uns weiterhelfen uns zu verbessern, geht an dieser Stelle der Dank an alle. - Darüber hinaus zum Vertrieb soviel: Wir werden die Schnittstelle Jugendamt nicht mehr über den *webmaster* ansteuern. Tut uns nicht leid, das wir Ihnen zugemutet haben, die pdf-Datei der Zeitung an die Jugendeinrichtungen, vereint unter dem Dach von www.ge-jugend.de, weiterzuleiten. Die Art der Rückmeldung von dort, war eine technokratische Erfahrung



besonderer Güte. Sie bestärkt uns in unserem Ansinnen die Schnittstellen-Problematik bei Behörden generell deutlicher zu thematisieren. Die Grundlage dafür findet sich im SGB II und den Mindeststandards der BA zur Umsetzung in eine Verwaltungspraxis, die bestimmten Qualitätsansprüchen genügt. – Soviel zur Existenzberechtigung von Vorschriften. **Berlin** Dazu gleich an dieser Stelle eine Anekdote zum Thema Bürokratieabbau in Deutschland. Spaß muss ja bekanntlich sein.

Durch das Erste Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse, vom 26.08.2006, wurde das Datenschutzgesetz in Bezug auf die Meldepflicht und die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten für mittelständische Betriebe dahin verändert, dass die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten erst bei neun, anstatt, wie bisher bei vier Mitarbeitern greift. Wir schließen uns der Meinung von Ministerialrat Dr. Dr. G. Deter an, der dazu kommentiert: „Es erscheint allerdings zweifelhaft, ob mit dieser Regelung der Abbau bürokratischer Hemmnisse gefördert wird.“ (aus: AuR 10/2006, S. 356)

Hartz IV gestern, heute und morgen Noch immer schwelt der Streit zwischen den Landesregierungen und der Bundesregierung. Das ist angesichts der Bundestreuepflicht der Länder reichlich bedenklich, zeigt uns aber, dass es in der Politik kaum noch Grenzen gibt, die nicht gebrochen werden.

Diesmal soll es wieder zu Gunsten der Arbeitslosen sein. Die Programme zur Integration ins Arbeitsleben für Ältere stehen in NRW und Bund „Gewehr bei Fuß“, um eine Herabsetzung der Arbeitslosenzahlen und bessere Stimmung in diesem Bereich zu erzielen. Der Bund will die schwer vermittelbaren Arbeitslosen in einen öffentlich geförderten „Dritten Arbeitsmarkt“ hieven. Das Land NRW, mit Minister Laumann, setzt auf ein Komiblohn-Modell-NRW zu diesem Zweck.

- Die Bundesagentur für Arbeit hat noch einen weiteren Weg gefunden, die Arbeitslosenzahlen herunter zu bekommen. Sie prüft, was sie im europäischen Vergleich für richtig hält: die Erwerbs(un)fähigkeit der Hartz IV-Empfänger. (JS)

Aus dem Inhalt:

- Jobcenter: Erwerbsfähigkeits-Tests?, S. 2
- Weihnachten und Hartz IV, S. 3 und S. 15
- Chancen von Älteren, S. 4 i2010, S. 5
- **Hammer des Monats** ReformAktionstag, S. 8
- Infos & News, S. 9
- GE: IAG verschenkt 4, 5 Mio. €, S. 10
- Das ist ein Armutszeugnis, S. 11
- 2007: Dritter Arbeitsmarkt in GE, S. 12
- 2007: Ein-Euro-Jobs: Bonus-Malus, S.12
- Migranten Best Ager – PAPAM, S. 13
- Hartz IV-gerechter Zahnersatz, S. 14
- Gesundheitsreform: 8 € Zuzahlung?, S. 14
- Vorschau + Impressum, S. 18

BA erwägt Praxis-Tests zur Arbeitsfähigkeit

Die Bundesagentur für Arbeit erwägt, eine Probebeschäftigung für Langzeit-Arbeitslose in Unternehmen einzuführen, um ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld zu prüfen. "Rechtlich gehört jeder in das System, der drei Stunden täglich arbeiten kann", sagte BA-Vorstand Heinrich Alt der Zeitung "Die Welt" in Berlin. Daher müsse die Agentur intensiv prüfen, "ob das wirklich der Fall ist". Vor allem die 300.000 Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die noch nie in ihrem Leben sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, seien schwer vermittelbar. Im Westen seien das oft Menschen mit Migrationshintergrund, im Osten sei das Problem durch die Deindustrialisierung entstanden. Es sei Aufgabe der Bundesagentur zu prüfen, "wer eigentlich wirklich in das SGB-II-System gehört und wer nicht." Alt schlug vor, solche Praxistests von den Jobcentern finanzieren zu lassen. Erwerbslose, die nicht mehr drei Stunden am Tag arbeiten können, sind kein Fall für die Jobcenter und erhalten damit kein ALG II. Alt sprach sich außerdem gegen eine Generalrevision der Arbeitsmarktreform aus und plädierte für eine "behutsame Feinsteuerung". *Quelle: G.I.B-Newsletter, Nr. 131, 02.10.06*

Die Erwerbsunfähigkeit als neuer Verschiebeparkplatz

Der Anteil der Erwerbsunfähigen sei in den europäischen Nachbarländern, so die BA in einem Vortrag von Juni 2006, wesentlich höher als in Deutschland.¹ – Eine Änderung der Handlungskonzepte bringt rechtlich wesentliche Veränderungen mit sich. Das geht über die Definition dessen, was Erwerbsunfähigkeit im Rahmen des SGB II ausmacht, dahin, zu fragen, wie sich das mit dem rentenrechtlichen Begriff von Erwerbsunfähigkeit verträgt. Letztlich sollen die Betroffenen mal wieder ver-

schoben werden. Wie immer dient ein solcher Verschiebeparkplatz der Statistik. Wir fragen jedoch, welchem Finanztopf nützt, welchem schadet das. Denn es geht anschließend entweder in Richtung Rente oder in Richtung Sozialamt. Letzteres würde zu Lasten der Kommunen gehen und würde Gelenkkirchen speziell sehr hart treffen.

Daher fragen wir hiermit OB Baranowski, was er von dem neuen SGB II-Erwerbsunfähigkeits-Konzept der BA hält zu Lasten der Sozialkassen hält.

¹*Quelle: Vortrag der BA, M. Pflüger, 01.06.06, S.4* (JS)

Erwerbsunfähigkeit leichter prüfen – ein Vorteil ?

Wo es von Vorteil sein kann die Erwerbsunfähigkeit leichter und schneller zu prüfen als bisher, schildert folgender Fall:

Vom Nerven zehrenden Umgang mit den Ämtern wissen manche Eltern von erwerbsunfähigen „Rett-Kindern“ ein Lied zu singen. Gudrun B. schildert ein Beispiel: Für ihre mittlerweile neunzehnjährige Tochter Maike beantragte sie kurz vor dem achtzehnten Geburtstag die Grundsicherung.



Obwohl „Rett-Kinder“ schwerst mehrfachbehindert sind und somit nie im üblichen Erwerbsleben Fuß fassen können, musste sie zunächst einen Hartz-IV-Antrag ausfüllen und prüfen lassen, ob ihre Tochter nicht vielleicht doch arbeitsfähig sein könnte. Für Familie B. verzögerte sich die finanzielle Unterstützung so um ein halbes Jahr. *Quelle:*

http://www.echo-online.de/suedhessen/template_detail.php?id=400882

Mehr Informationen unter:
www.rett.de/recht/index.htm

Stephan Rixen – Erwerbsfähigkeit als Schlüsselbegriff der Arbeitsmarktreform, insbesondere des SGB II, info also 4/2006, 153-161 (JS)

Weihnachten und Hartz IV

Für die Weihnachtsausgabe der GEZ haben wir Menschen danach gefragt, was sie mit Weihnachten und Hartz IV verbinden. Gedanken, Assoziationen, Gefühle...

Exemplarische Antworten haben wir überall gefunden:

Frage im tacheles-forum: „Sagt mal, weiß einer da was Genaueres... Habe Gestern im Radio gehört das die Bundesregierung mit den 39,5 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen, neben der Senkung der Arbeitslosenversicherung, auch **36 € Weihnachtsgeld für Hartz IV-Empfänger** genehmigen will. Ist das korrekt?“

Antwort: „Nee, das gilt nur für Sozialhilfe beziehende Heimbewohner.“

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/forum/>



Die Ablehnung der Weihnachtsbeihilfe der ARGE Hannover: die begehrte Weihnachtsbeihilfe wird abgelehnt, weil im Regelsatz, in der Abteilung *Teilnahme am kulturellen Leben* ein Betrag zugeordnet sei.

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/forum/thread.asp?FaclD=347335>

Antwort dazu von Fachmann Harald: „Ich würde sagen, wenn, dann ist die Höhe der Regelleistung, also 100 % oder weniger der Bezugspunkt. Folglich wäre hier m.E. eine 100 % Weihnachtsbeihilfe anzuset-

zen. Bei 2 x 90 % (bei Ehepaaren, d.Red.), müsste eine Mischweihnachtsbeihilfe kreiert werden.“

www.harald-thome.de

Zum Thema: Kein Geld zu Weihnachten zu haben, macht einsam. Ein User: *Wenn andere feiern, drückt die Einsamkeit besonders. - Zur Not mit ner Flasche Schnapps um neun ins Bett.*



Quelle: STEIN <http://www.informatik.uni-frankfurt.de/~haase/Pic/Weihnachten/Weihnacht.gif>

Die Antwort von jemandem, der in einem Verein organisiert ist:

Also Einsamkeit hat nicht zwingend etwas mit Armut zu tun. Wahre Freunde erkennt man gerade daran, dass sie Einen nicht fallen lassen, wenn's finanziell nicht so gut geht.

Auch Geld kann zur Vereinsamung führen, nicht Jede/r kauft sich seine Freunde.

Ich habe in meinem Team auch ALG-II-Empfänger, na und? Wenn man zum Auswärtsspiel oder Turnier fährt, dann zahlen sie keinen Spritanteil und wenn's mal ganz eng ist bei ihnen, dann wird auch der Deckel übernommen.

Vereinsamung gibt's in allen Teilen der Gesellschaft, genau wie in allen Gesellschaftsschichten gesoffen wird, auch kein Phänomen der "Armen". Gruß Vereinsmeier

Rente bis 67

Welche Chancen haben heute Ältere

Wenig Erfolgsaussichten räumt Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), der "Initiative 50 plus" von Arbeitsminister Franz Müntefering ein.

"Ich fürchte, dass es kaum gelingen wird, damit nennenswert viele Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren", sagte Braun der "Stuttgarter Zeitung". Als ein Hauptproblem nannte der DIHK-Präsident die mangelnde Qualifikation der Betroffenen, die oft lange arbeitslos seien.

Die Initiative 50 plus zielt darauf, Ältere länger im Arbeitsleben zu halten oder Arbeitslosen eine Chance zum Wiedereinstieg zu geben. Dazu beitragen sollen ein Kombilohn für Ältere und neu gestaltete Eingliederungszuschüsse.

"Ein schrumpfendes Unternehmen investiert selten in die Fortbildung. Deshalb haben die Menschen, wenn sie arbeitslos werden, oft schon ein Handicap", sagte Braun der Zeitung. "Wenn dann noch Jahre vergehen, in denen die Weiterentwicklung verpasst wird, hat man **kaum noch eine Chance.**" Die Qualifizierung von Arbeitslosen werde nach wie vor vernachlässigt. **"Aber ohne eine gute Schulung nützen die besten Initiativen nichts."**

Braun forderte vor allem von den Arbeitslosen, auch in der Erwerbslosigkeit **ständig auf dem Stand der Dinge zu bleiben.** "Wer zeigt, dass er will, und zeigt, dass er kann, für den stehen weit mehr Türen offen als für den, der auf dem Hergebrachten verharret, als würden sich die Dinge nicht ändern." Gleichzeitig sei **aber auch die Arbeitsverwaltung gefragt:** "Wenn die Arbeitsämter erfolgreich sein wollen, müssen sie **Weiterbildung mehr fördern** und mehr fordern."

"Stuttgarter Zeitung" vom 15. 09.2006

www.stuttgarter-zeitung.de



BEST AGER

Gelsenkirchener Beschäftigungspakt für Ältere

Haushaltsnahe Beschäftigung

Von 50 Plus zu BEST AGER

Gelsenkirchen Im Rahmen des Konzepts „Initiative 50 plus“ läuft in Gelsenkirchen das Projekt „BEST AGER“. Das bedeutet so viel wie: „im besten Alter“.

Im besten Alter sind, nach Aussage der Unternehmerin Lilo Friedrich, Frauen ab 50 Jahren. Speziell wenn sie für den Bereich der haushaltsnahen Tätigkeiten qualifiziert sein sollen. Das heißt, es braucht für diesen Aufgabenbereich eine gewisse Lebenserfahrung. Die tritt in der Regel ab einem Alter von 50 Jahren ein., sagt sie. Daraus hat Frau Friedrich, die vorher sieben Jahre Bundestagsabgeordnete war, für ihr soziales Dienstleistungsunternehmen die Konsequenz gezogen, dass sie nur Frauen ab 50 Jahren einstellt. Derartige Engagement für Ältere Berufsrückkehrer ist in Deutschland immer noch eine große Seltenheit.

Das wird in Gelsenkirchen, im Rahmen des Projektes *Best Ager*, aber genauso gesehen. Wer mindestens 50 ist kann an dem Projekt haushaltsnahe Beschäftigung teilnehmen.

Die **Freiwilligkeit** des Projektes wirft manchmal Probleme auf, weil Teilnehmer beim Träger im Wissenschaftspark angeben, sie seien vom IAG unter Zwang (Sanktionsandrohung) aufgefordert worden her zu kommen. Oder sie sollten ihren bereits ausgeübten „400,- € - Job“ dafür aufgeben. Umso größer sei ihr Frust, wenn sie vor Ort in der Informationsveranstaltung erfahren, dass sie zur Zeit wohl auch nicht mehr als einen 400,-€-Job im Rahmen des Projekts bekommen können. Dann ist die Verärgerung natürlich groß.

Dem Projektleiter ist eine solche „Informations“-Politik des IAG unangenehm, wie ich vor Ort hören konnte. Er entschuldigt sich, falls es zu solchen Äußerungen des

IAG gekommen sein sollte. Denn ohne Freiwilligkeit geht in diesem Bereich gar nichts, sagt er. Im Haushaltsnahen Bereich zu arbeiten, bedeutet, auch für pflegebedürftige Menschen zu arbeiten. Da ist ein gewisses soziales Engagement vonnöten. Das geht nicht ohne Freiwilligkeit. (JS)

Motivation zur Weiterbildung?

Wenig motiviert wird in Deutschland versucht Überzeugungsarbeit in Richtung Betriebe zu leisten, wie die Aussage des DIHK-Präsidenten zeigt.

Eine Initiative dazu ist wenig bekannt: „Ist ihr Betrieb fit für den demografischen Wandel?“, fragt das Institut InQa unter <http://www.inqa-demographie-check.de/>, und bietet den Unternehmern dort einen Betriebscheck an.

Wie bleiben die Menschen ständig auf dem Laufenden, wie von Braun gefordert?

Eine Möglichkeit ist es, sich bei einer speziellen Beratung für Menschen im besten Alter zu informieren.

In den europäischen Nachbarländern ist die Anzahl der älteren Beschäftigten weit höher als in Deutschland. In Österreich gibt es bereits seit den 90er Jahren eine dahingehende Beschäftigungsinitiative mit hoher Akzeptanz. Dafür haben auch die öffentlich geförderten Internetportale gesorgt, die sich des Themas angenommen haben. Hier geht man sogar noch weiter und formuliert bereits für 40jährige besondere Hilfen zwecks Weiterbeschäftigung und Weiterbildung, um für den Arbeitsmarkt fit zu bleiben.

<http://www.initiative40.at/index.htm>
<http://www.generation45plus.at/>

In Deutschland hat sich dahingehend Monika Birkner hervor getan. www.monika-birkner.de. Ihr Buch zu diesem Thema ist gerade neu erschienen:

Kurswechsel im Beruf. Erfolgreicher sein, sich nicht mehr verbiegen. Praxisratgeber für die Neuorientierung in der Lebensmitte 2. Aufl. - Regensburg ; Berlin : Walhalla-Fachverl., 2006. - 224 S. **Es kann in der Stadtbücherei ausgeliehen werden.**
AUSBILDUNG/BERUF (1 Ex.) + HR BIR (1 Ex.)

Erwerbsbeteiligung durch IT sichern

Die Europäische Gemeinschaft hat sich des Themas bereits seit 2002 ausführlich angenommen. In ihrem „Bericht zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Förderung des aktiven Alterns“, hat der Europäische Rat angefragt, wie die Beschäftigungsquote angehoben und ein aktives Leben im Alter gefördert werden kann.

<http://www.arbeitundalter.at/docs/lf/Erwerbsb.pdf>

Das EU-Programm



Aktuell hat die EU das **Programm i2010** ab 2007 am Start. Zum Einstieg und Lückenschluss für die Kleinen: Seien es AN, Unternehmen oder sozial Schwache.

Die Benachteiligung an der Teilhabe im IT-Bereich aufzuheben, ist ein wichtiges Anliegen des Programm i2010. Wir versuchen mit dem DGB-Emscher-Lippe und seinem Vorsitzenden Dr. Hülzdünker in Kontakt zu kommen. Denn er hat seine Zustimmung zu diesem Programm bereits geäußert. Für finanziell **nicht so gut Betuchte**, Aktionen zur Überwindung der gesellschaftlichen Unterschiede für 2007/08 vorzubereiten, wäre uns ein Anliegen.

Wir sind im Rahmen der Hartz IV –Selbsthilfegruppe im Industrie- und Sozialpfarramt dahingehend bereits aktiv geworden. Mit einem Aufruf, seinen PC zu spenden, wie das in Österreich vorbildlich das AMS¹ gemacht hat, sind wir seit 2005 bereits in diese Richtung gegangen. Auch diese Zeitung fördert diesen Weg, da ihre Herstellung ohne IT kaum funktioniert. Die Möglichkeit, die Zeitung per pdf-Datei, mit ein paar Mausclicks an 200 Einrichtungen in ganz Deutschland zu versenden, fasziniert. Die Faszination der neuen Möglichkeiten löst Interesse für das Medium aus. (JS)

¹Arbeitsmarktservice = privatisierte Einrichtung der ehemals öffentlich-rechtlichen Behörde

Das haben die Österreicher schon früh verstanden: Neue Möglichkeiten schaffen, eröffnet Ressourcen!

AMS unterstützt Sozialprojekte mit Laptops

Das AMS wurde mit neuer Hardware ausgestattet und spendete rund 200 Laptops an Sozialprojekte

Wien. 12.12.2005 Das Arbeitsmarktservice (AMS) Österreich wurde 2005 mit neuer Hardware ausgestattet. AMS-Vorstand Herbert Böhm, Zentralbetriebsrat Heinz Rammel und die AMS-Betriebsgesellschaft, EDV-Dienstleister des AMS haben vereinbart, rund 200 Laptops an Sozialprojekte zu spenden. Die leistungsfähigen Laptops kommen so sozialen Einrichtungen wie unter anderem dem SOS-Kinderdorf Wien, der Caritas, den Kinderfreunden, dem Roten Kreuz, der Kinderkrebshilfe sowie Schulen, Gemeinden, Jugendzentren sowie Bildungs- und Heimatwerken zu Gute. „Wir freuen uns auf diese Weise Menschen zu unterstützen, einen Zugang zu EDV bzw. EDV-Ausbildung zu erhalten“, betont AMS Vorstand Magister Herbert Böhm.



Die Laptops wurden durch die BetriebsrätInnen des AMS an die sozialen Einrichtungen überbracht.

http://www.ams.at/neu/1408_8623.htm

Anm. d. Red.: Falls jemand einen Laptop übrig hat, kann er sich an die e-mail-Adresse der Redaktion wenden, da ich dringend einen benötige. (JS)

Für Gelsenkirchen verweisen wir bis auf Weiteres zunächst auf das Internet-Cafe im Gesundheitshaus Bismarck, Ansprechpartner Michael Mendritzki, Telefon: 0209 - 98 22 324

michael.mendritzki@gesundheitshaus-gelsenkirchen.de



Im Internetcafé haben insbesondere ältere Menschen die Möglichkeit, unter Anleitung erste Erfahrungen mit dem PC und Internet zu sammeln. Sie suchen gezielt nach ihren Interessen. Damit Berührungängste mit den neuen Medien abgebaut werden, stehen jederzeit erfahrene Fachkräfte bei Fragen zur Verfügung.

Schauen Sie mal in die Homepage: www.gesundheitshaus-bismarck.de

Gesundheitshaus Gelsenkirchen
Franziskusstraße 18-24
45889 Gelsenkirchen

Tel. (02 09) 98 22 320

PC-Nutzung für Bewerbungen gibt es auch neuerdings bei den Falken in Ückendorf im Spunk.

<http://www.spunk-ge.de>

Spunk Gelsenkirchen,
Festweg 21,
Tel. (0209) 2 20 74



Letzte Meldung: Ein Millionenprogramm zur Qualifizierung älterer und ungelernter Mitarbeiter werde von den Betrieben in NRW kaum genutzt, so die NRW-Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Trotz massiver staatlicher Hilfen konnten die 33 Agenturen landesweit erst 46 Betriebe dafür gewinnen, ältere oder ungelernete Mitarbeiter fit zu machen für neue Aufgaben. Dafür stehen NRW insgesamt 43 Mio. Euro zur Verfügung.

Quelle: G.I.B.-Newsletter Nr. 131, 02. Oktober 2006, Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung NRW, Website: <http://www.gib.nrw.de>

Kommentar mit Blick auf Siemens/BenQ:

Es stimmt also was Hr. Braun von der DIHK sagt. Die Unternehmen qualifizieren nicht, obwohl sie dies sogar vom Staat bezahlt bekämen. Der marode Betrieb, das ist derjenige, der bereits auf dem Zahnfleisch geht, so Braun, habe davon erst recht nichts an Zeit übrig: Der Mitarbeiter fehlt in der laufenden Produktion! Wenn der Betrieb dann Insolvenz beantragt, haben es die Meisten bereits vorher geahnt. So gesehen bei Übergabe durch Siemens an BenQ, aufgrund der 320 Mio. Euro Zugabe, damit BenQ überhaupt übernimmt. Die Mitarbeiter haben dann zwei Jahre an Fortbildung verschrenkt, weil sie diese Zeit in den Betrieb (kostenlose Überstunden o.ä.) gesteckt haben. Damit haben sie am Ende doppelt verloren. (JS)

„Bildung allein holt niemanden vom Sofa, wenn es keine Jobs gibt.“

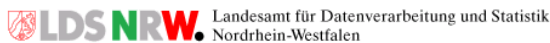
Claudia von Zglinicki
Redakteurin bei ver.di publik, 10/2006

Weiter im Thema mit:

Was nützen zusätzliche Teilnehmerbeurteilungen? Unser Bericht zu Ein-Euro-Jobs und Drittem Arbeitsmarkt in Gelsenkirchen ab 2007. siehe Seite 12.

Zur schlechten Bildungslage in Gelsenkirchen, s. S. 10: „IAG verschenkt 4,5 Mill. €“

Die unzureichende Mittelverwendung der ARGE in Bochum kritisiert die Politik. s. S. 11



Das ist ja zum davon Laufen

Sollte die Entwicklung der miserablen Bildungs- und Arbeitsförderungssituation sich nicht ändern, trägt sie im hohen Maße dazu bei, dass sich die Privaten Haushalte in Zukunft aus Gelsenkirchen verabschieden werden.

Das LDS NRW hat in seiner Studie von Sept. 2006 folgende Zahlen für GE ausgewiesen:

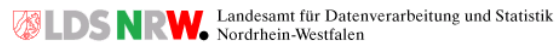
Veränderung im Jahr 2005 gegenüber 2005:
Private Haushalte: minus 13 %

Das ist im Landesvergleich ein negativer Spitzenwert. (NRW: +3,1 %)

Bei der Verfügbarkeit von Arbeitskräften sieht es noch schlechter aus. Hier wird Gelsenkirchen 21,1 % erwerbsfähige Frauen und 23,4 % Männer weniger haben.

Bochum liegt mit -5 % bei den Privaten Haushalten ganz gut. Mit 11,7 % und 16,1 % weniger Erwerbsfähigen vielleicht noch im Schnitt des schrumpfenden Arbeitskräftevolumens im Ruhrgebiet. Der NRW- Schnitt liegt bei - 5,0 % Frauen / - 8,8 % Männer.

http://www.lds.nrw.de/statistik/datenangebote/analysen/stat_studien/2006/band_38/z089_200662.pdf



„Den wirtschaftlichen Umbau weiter vorantreiben und zugleich die soziale Stabilität organisieren.“, fordert Oberbürgermeister Baranowski, laut WAZ vom 20.10.06.

Dem stehe aber die Realität gegenüber, so OB Baranowski laut WAZ-Bericht.

Das ist wohl wahr. Angesichts der mangelhaften Mittelverwendung des IAG (nicht verbrauchte 14 Mio. Eingliederungsmittel), jedoch unglaublich.

Baranowski sieht den Grund jedoch woanders: „Die Kommunalaufsicht zieht die Zügel an, statt den Städten zu ermöglichen, mehr Geld für Bildung und sozialen Zusammenhalt auszugeben.“

Wir fragen, warum besteht der Oberbürgermeister nicht gegenüber Agentur und IAG darauf, dass die dort vorhandenen Mittel für Bildung und sozialen Zusammenhalt als Eingliederungsmittel für Erwerbslose in Gelsenkirchen verwendet werden, um die „Unterschicht im Nordrevier“ (Prof. Strohmeier im WAZ-Interview) abzubauen.

Wir meinen, seine Stimme sollte dort doch wohl Gewicht haben.

„Politik und Wirtschaft haben die Strukturen geschaffen, die Arme arm halten und ihnen keine Chancen lassen, rauszukommen.“

Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler

„Was Gott uns gab, nimmt uns Hartz IV“

aus: 60 Thesen

ReformAktionstag am 31.10.2006

Der Aktionstag am 31.10.2006 wurde von der Hartz-IV-Selbsthilfegruppe und Sozialpfarrer Dieter Heisig genutzt, um im Sinne des Reformationstages auf erhebliche Missstände hinzuweisen.

Wie Luther einst seine Thesen an das Kirchentor zu Wittenberg nagelte, brach die Gruppe zur Altstadtkirche auf, um ihre Thesen zu Hartz IV für alle sichtbar an die Kirchentür zu hämmern.

Vormittags ging die Gruppe, im Sinne eines Sklavenmarktes, durch die Innenstadt um Infoblätter zu verteilen. Die Reaktionen darauf fand eine Teilnehmerin so erschüttern, dass sie sich am Abend dazu nicht weiter äußern konnte.

Wie die WAZ und ver.di berichteten, und das Gelsenkirchener Institut für Arbeit und Technik in einer Studie der Forschungsdirektorin Claudia Weinkopf darlegt, besteht die Ausbeutung im Bereich der Schwarzarbeit im Pflegebereich nicht nur in einem niedrigen Lohn, sondern vor allem auch darin, dass die Polinnen hierfür im Extremfall an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr zur Verfügung stehen. (*ver.di-publik 09/2006, S. 18*) Dazu sagt Pflegewissenschaftler Andreas Büscher: das kommt einer Sklavenarbeit schon recht nah. (*WAZ v. 09.06.06*)

Gerade der Pflegebereich ist als Sklavenmarkt auch deshalb titulierbar, weil

dort seit Hartz IV „Ein-Euro-Jobber“ beschäftigt werden, die die regulären Beschäftigungsverhältnisse bedrohen.

Wir wissen von solchen konkreten Situationen nicht nur im Recklinghäuser Grullbad-Seniorenzentrum, wo 40 Ein-Euro-Jobs fünf reguläre Beschäftigte verdrängt haben, um die sich nun die Gewerkschaft verdi kümmert. Sondern wir wissen das auch aus Gelsenkirchen. Leider wollen die Betroffenen, die ihre Arbeit durch Ein-Euro-Jobs verloren haben nicht genannt werden, da in ihnen ansonsten die Hoffnung auf eine Winzigkeit von Chance für eine andere Arbeit verloren ginge. Das können wir verstehen, und respektieren das auch.

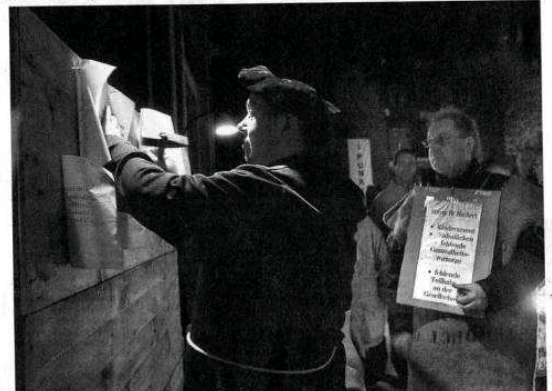
Der Reformaktionstag

Wittenberg 2006: Hartz-IV-Selbsthilfegruppe des ev. Sozialpfarramtes schlug zwölf Thesen an die Altstadtkirche an

Wittenberg 1517: Der Mönch Martin Luther schlägt einen Tag vor Allerheiligen 95 Thesen an die Schlosskirche an. Gelsenkirchen 2006: „Dr. Martin L.“ alias (Dr.) Franz Scharf schlägt im Mönchsgewand zwölf Thesen an die evangelische Altstadtkirche an.

„Was Gott uns gab, nimmt uns Hartz IV“ lautet eine dieser Thesen, die die Hartz-IV-Selbsthilfegruppe des evangelischen Industrie- und Sozialpfarramtes in Vorbereitung zu diesem „ReformAktionstag“ am Dienstag erarbeitet hatte. „Wir wollten die reformatorischen Lehren Luthers vor dem Hintergrund der heutigen Situation aktualisieren“, so Sozialpfarrer Dieter Heisig zur WAZ. Die Parallelen seien offensichtlich: „Luther hat entdeckt, dass jeder Mensch seine Würde hat. Und das gilt auch, wenn man ihm nicht erlaubt zu arbeiten.“ Diese Würde werde den von Hartz-IV Betroffenen aber häufig nicht zugestanden, so Heisig unter Verweis auf öffentliche Diskussionen über „Schmarotzer“ und „Abzocker“.

50 Menschen – größtenteils Hartz-IV-Betroffene – aber auch Mitglieder von Parteien und Verbänden – folgten am Dienstagabend dem Aufruf zum „ReformAktionstag“. Nach dem Anschlag der



So wie einst Martin Luther: Franz Scharf schlägt zwölf Thesen an die Altstadtkirche an.

Foto: WAZ, Cornelia Fischer

zwei Thesen fand eine Diskussion in Gotteshaus statt – abgerundet mit kabarettistischem Beiträgen. Am Ausgang der Kirche gab's dann noch alle 60 erarbeitete Thesen der Selbsthilfegruppe gratis in die Hand. Beim nächsten (öffentlichen) Treffen der Hartz-IV-Gruppe geht es um das aktuelle Thema „Grundentkommen“. Die Diskussion sei ergebnislos, so Heisig. Etwas stehe allerdings bereits fest: „Es kann so nicht weiter laufen mit Hartz IV“, so der Pfarrer. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr in der Pistorstraße 10.

WAZ, 02.11.06

Die WAZ berichtete am 02.11.06 auf der Titelseite des Lokalteils Gelsenkirchen

Der Thesenanschlag und der symbolische Sklavenmarkt haben stattdessen in theatralischer Form die Anklage in die Gelsenkirchener Öffentlichkeit getragen, sich mit derartigen mittelalterlichen Ausbeutungsverhältnissen in keinsten Weise zufrieden zu geben. Würdevolle Arbeit beginnt bei den gewerkschaftlichen Regelarbeitszeiten und Tariflohnsätzen. Das weiß mittlerweile auch die Gelsenkirchener Agentur für Arbeit. Auch, dass es ihre Aufgabe ist, auf die Einhaltung dieser gesellschaftlichen Grundsätze zur Erhal-

tung würdevollen Lebens und Arbeitens zu achten.

Wir haben am 19.10.2006 das Gespräch mit Frau Kostka, der Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit geführt, um nachhaltig auf die Missstände im Bereich von Arbeit und Arbeitsverwaltung im Sinne einer Entlohnung, die nicht einem Sklaven, sondern einem Menschen gerecht wird, aufmerksam zu machen.

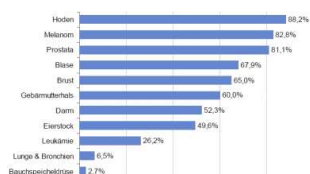
Der ReformAktionstag schloss mit einer Andacht mit anschließender Diskussion. Hartz IV-Lieder lockerten den Rahmen auf. (JS)

■ Nachrichten – Aktuelles – Infos

Sozialgerichts-Urteile in Kürze

Lebensversicherungen sind nicht grundsätzlich Hartz IV-sicher (d.h. werden nicht angerechnet), wenn der Nachweis, dass die gesetzlich anzuerkennende Höchstsumme nicht vor dem 60ten Lebensjahr ausgezahlt werden kann, nicht erbracht wird. Die Entscheidung des Landessozialgerichts Hessen – L 7 AS 50/06 ER – hat klargestellt, dass der Betroffene hierfür die Beweislast trägt. Ob dies auch im Fall der Neuregelung ab dem 01.08.06 im Hinblick auf die gesetzliche Panne der fehlenden Änderung des **§ 165 Abs. 3 VVG** gilt, ist damit nicht gesagt. Hier gibt es noch großen Klärungsbedarf.

Anmerkung: Inwieweit für Selbständige andere Summen und andere Zeiten gelten können, da ihnen keine gesetzliche Rentenversicherung oder nicht in dem üblichen Umfang zur Seite stehen, ist im Rahmen einer **Prüfung zur besonderen Härte** zu entscheiden.



Verwaltungsentscheidungen des IAG in Kürze

(+): Bei Umzügen, wie bei allen Entscheidungen der Verwaltung, müssen Härtefallregelungen möglich sein, die der Besonderheit des Einfalls gerecht werden. Dieser Grundsatz ist Ausfluss des **Verhältnismäßigkeitsprinzip** der Verfassung. - Hier hat sich die Verwaltung in letzter Zeit von ihrer positiven Seite gezeigt, und Fingerspitzengefühl für die richtigen Entscheidungen bewiesen.

(-): Die freien Ermessensauslegungen bei Eingliederungsmaßnahmen im Rahmen von § 16 Abs. 2 SGB II werden noch sehr restriktiv gehandhabt. Die ARGE Duisburg fördert mittlerweile Führerschein und/oder Auto zur Beseitigung eines Vermittlungshemmnisses, wie die WAZ am 15.09.06 berichtete. Das geht in Form eines Zuschusses **und /oder** eines Darlehens. Auch der Übergang eines Darlehens in die Form des Zuschusses bei erfolgreichem Abschluss der Prüfung ist denkbar, wie die Durchführungshinweise der BA zeigen.



IAG Beratung ?

Die IAG ist nach dem Ersten Sozialgesetzbuch (§ 14 SGB I) verpflichtet die Kunden über ihre Rechte und Pflichten zu beraten. Wie dieser gesetzliche Auftrag bei der neuen Regelung ab dem 01.08.06 zum **Recht der Lebensversicherungen** im Zusammenhang mit den Komplikationen der Versicherungsunternehmen durch § 165 Abs. 3 VVG erfüllt wird, ist für uns zur Zeit nicht ersichtlich. Wir stellen diesbezüglich nur eine große Informationsleere seitens des IAG fest. Ab Januar 2007 sollen die geänderten Regelungen greifen. Dann läuft die Überlegungsfrist aus. Wir fragen, wie das IAG das Ganze handhaben will?!

„Bildung für alle“ ? – Das IAG verschenkt anderweitig 4,5 Millionen Euro

Im Rahmen der Anfrage des Bundes hat Gelsenkirchen 4,5 Millionen Euro an Eingliederungsgeldern, die für die Gelsenkirchener Arbeitslosen bestimmt waren, anderweitig vergeben. Diese großzügige Schenkung im August 2006 ist angesichts der **schlechten Bildungslage in Gelsenkirchen** kaum zu glauben. Anstatt die Voraussetzungen für mehr aktive Teilnahme am Bildungs-, Arbeits- und Kulturleben in Gelsenkirchen zu schaffen, wird das Geld weggeschenkt. Begründung: Keine Zeit, keine Leute, keine Ideen wie es ausgegeben werden kann. Armes Gelsenkirchen.

Dabei hatten Joachim Poss und Heike Gebhard bereits in 2005, so stand es in der Presse, mit Schreiben an den Geschäftsführer Rainer Lipka, das IAG darum gebeten, „**aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage alle Möglichkeiten zu nutzen, um das zur Verfügung stehende Kontingent an Fördermitteln voll auszus schöpfen.**“

Fakt für 2006 ist: Der Bund vergibt an das arg gebeutelte Gelsenkirchen 40 Millionen Euro, und hier weiß man nur zu 66 % etwas mit dem Geld anzufangen.

Das bedeutet: Am Jahresende hat man wiederum 14 Millionen Euro nicht für diese Stadt und seine arbeitslosen Bürger genutzt. 8 Mill. € davon wandern umgewidmet in den Personaltopf.

Bildung kostet Geld. Sie ist das Mittel der ersten Wahl, um die Misere zu beseitigen. Das ist mittlerweile allseits Konsens.

Der Bundespräsident steht nach eigener Auskunft (Rede vom Juni 2006 „**Bildung für alle**“) jedem zur Seite der sich mit Leidenschaft für mehr „Bildung für alle“ einsetzt. Ich habe ihm geschrieben, und für seine dahingehende Solidarität gedankt, die hier in Gelsenkirchen im Kampf um den Einsatz der reichlich vorhandenen Eingliederungsgelder des IAG hilfreich sein wird.



Das Verschenken der Gelder an andere Kommunen, geht zu Lasten der HartzIV-Empfänger in GE, die vom neuen Schulgesetz der CDU-Landesregierung, dem Referat Bildung der Stadt Gelsenkirchen, der Sozialdezernentin Fr. Reker, dem Bildungs- und Sozialausschuss der Stadt, sowie dem Rat der Stadt und dem Oberbürgermeister, mit dem von ihnen zu erbringenden Eigenanteilen an den Lernmittelkosten, im Stich gelassen werden.

Denn: Dieser Eigenanteil der Sozialhilfeempfänger, die ihren Regelsatz nicht nach SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, wird nicht durch eine Befreiung der Schulen adäquat aufgefangen. Auch ist dafür **im Regelsatz kein Betrag eingestellt**: Ganz im Gegenteil hat der Bund mit Blick auf die damals noch geltende Lernmittelbefreiung einen Anteil für diese Bildungsausgaben ganz gezielt aus dem Regelsatz herausgelassen!!

Dieses Geld fehlt jetzt. Und daher sollte ergänzend etwas, für die notwendigen Bildungsausgaben der betroffenen Eltern in dieser Stadt insgesamt, geschehen.

Vorgeschlagen wird ein Zuschuss über § 16 Abs. 2 SGB II als innovatives Eingliederungsmittel, als besondere Eingliederungsleistung in Bildung und Beruf des Kindes, der den Eltern Freiraum für ihre eigene Bildung gibt.

Gelsenkirchen hat eine besonders förderwürdige Situation und die dazu nötigen Fördermittel. § 16 Abs. 2 SGB II muss als **innovatives Eingliederungsmittel** erarbeitet werden. Möglicherweise kann diese Leistung notfalls beim IAT eingekauft werden.

In dem Wissen um die Solidarität des Bundespräsidenten, wenn es um das Thema „Bildung für alle“ geht, hoffen wir auf eine leidenschaftlich neue Orientierung der Mittelverwendung in Gelsenkirchen in diese Richtung. Das Bundessozialgericht hat mit seiner Entscheidung vom 23.11.06 die Tür dazu weit aufgestoßen. Mehr dazu in der Januar-Ausgabe. (JS)

Die unzureichende Mittelverwendung der ARGE in Bochum kritisiert die Politik, wie es aus dem folgenden Auszug eines Artikels in der WAZ deutlich wird.

"Das ist ein Armutszeugnis"

30.08.2006 / BOCHUM

Rot-grüne Sozialpolitikerinnen kritisieren die mangelnde Fähigkeit der Hartz-4-Arge, rechtzeitig Förderprogramme für Langzeit-Arbeitslose auf den Weg zu bringen. 2007 solls deutlich mehr "sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten" geben. Dass schon wieder Fördermittel für Langzeit-Arbeitslose in Millionenhöhe zurücküberwiesen werden müssen, hat die rot-grünen Sozialpolitiker/innen arg verstimmt. In ungewöhnlich heftiger Form kritisieren Bürgermeisterin Gaby Schäfer (SPD) und Ratsfrau Anna Koninks (Grüne) die Hartz-4-Arge: Diese stelle "sich ein Armutszeugnis aus, wenn sie jetzt zum zweiten Mal nicht in der Lage ist, die von der Bundesagentur bewilligten Mittel sinnvoll im Interesse der Langzeit-arbeitslosen" auszugeben."

(...) WAZ, Tom Jost



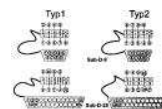
Wie viel direkten öffentlichen Zugang verträgt eine ARGE?

Nach Auskunft der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW (www.lfdi.nrw.de) sind die „öffentlichen Stellen nach § 12 IFG NRW verpflichtet, **Geschäftsverteilungspläne, Organigramme und Aktenpläne** allgemein zugänglich zu machen.“

Dem gemäß liegt dem IAG seit Sommer eine bisher unbeantwortete Anfrage vor.

Die Geschäftsleitung möchte bitte die Angelegenheit prüfen. In diesem Zusammenhang sollte erwogen werden, inwieweit nicht **zumindest alle Sozialen Einrichtungen und Bera-**

tungsstellen, die mit Hartz IV betraut sind, ein direkter Zugang zum zuständigen Ansprechpartner möglich gemacht werden muss.



Ansonsten ergeben sich hier ständig **Schnittstellenprobleme**, die im Rahmen des gewählten Weges über einen zentralen Zugang (Telefonzentrale Essen), nicht hinnehmbar sind.

§ 12 des Informationsfreiheitsgesetzes Nordrhein-Westfalen (IFG NRW) sieht die rechtliche Verpflichtung der öffentlichen Stellen vor, ihre bisher üblichen und vorhandenen Geschäftsverteilungspläne, Organigramme und Aktenpläne nach Maßgabe dieses Gesetzes allgemein zugänglich zu machen. Die Veröffentlichung hat - soweit möglich - in elektronischer Form zu erfolgen. Ziel des § 12 IFG NRW ist es, eine aktive Informationspolitik der öffentlichen Stellen zu erreichen. Den Bürgerinnen und Bürgern soll damit ein **Überblick über Aufbau, Kommunikationsbeziehungen, Weisungsbefugnisse, Zuständigkeiten und Aufgabenwahrnehmung innerhalb einer öffentlichen Stelle** ermöglicht werden. Die vorhandene elektronische Informationstechnik bei den öffentlichen Stellen ist zur Erfüllung dieser Veröffentlichungspflichten zu nutzen, etwa durch Veröffentlichung im Internet (vgl. Landtagsdrucksache 13/1311 Gesetzesbegründung zu § 12). Nach Sinn und Zweck des IFG NRW muss dem Bedürfnis der Gesellschaft nach Information und dem Transparenzgebot der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen werden. Nicht nur Transparenz des behördlichen Handelns, sondern auch die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz behördlicher Entscheidungen und das Ziel bürgerlichen Mitwirkens erfordern, dass die zur Verfügung gestellten Informationen möglichst originär, direkt und unverfälscht sind.

Die Veröffentlichung der Geschäftsverteilungspläne und Organisationspläne erfolgt mit Namensnennung der für die jeweilige Aufgabenerfüllung eingesetzten Beschäftigten, nach Maßgabe dieses Gesetzes. § 9 Abs. 3 IFG NRW lässt die Offenbarung von Daten der betroffenen Personen zu. **Zu veröffentlichen sind: Namen (Vor- und Familienname), Titel, akademischer Grad, Berufs- und Funktionsbezeichnung, Büroanschrift und Rufnummer der Beschäftigten.**

www.lfdi.nrw.de/fachbereich/fach_10_3.html

Dritter Arbeitsmarkt in GE

Das Integrationscenter für Arbeit Gelsenkirchen (IAG) hat sich offenbar erfolgreich um das Modellprojekt für den Dritten Arbeitsmarkt beworben. Recklinghausen meldet Interesse an, bei dem Projekt mitzuwirken.

Die Recklinghäuser Zeitung berichtet am 09. Okt. 2006, dass sich Jochen Welt in einem Brief an Bundesarbeitsminister Müntefering um die Beteiligung an dem Gelsenkirchener Modellprojekt beworben hat. Es geht darum sozialpolitisch motivierte alternative Beschäftigungsformen zu installieren. Übersetzt heißt das: ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für schwer vermittelbare Arbeitslose. Axel Troost und seine Partei haben im Bundestag für eine derartige Beschäftigung einen Mindestlohn von 1.400,- € Brutto gefordert. Es sollen zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten erledigt werden. Also geht es um Stellen, die bisher im Rahmen der Ein-Euro-Jobs ausgeübt wurden. Die Beschäftigungsdauer soll, so wird gemunkelt, bei neun Monaten liegen; damit nicht neue Ansprüche auf Alg I erworben werden.

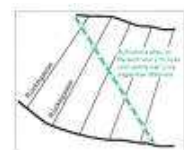
2007 Veränderungen GE bei den Aktiv-Jobs

Bei den Ein-Euro-Jobs in Gelsenkirchen gibt es ab 2007 nicht nur wegen des Dritten Arbeitsmarktes Veränderungen. Das IAG plant hinsichtlich der von ihr sogenannten „Aktiv-Jobs“ ein Bonus-Malus-System einzuführen, das zu **Rückzahlungen der Trägerpauschalen** führen kann. Zudem können die Trägerpauschalen von bisher ca. 270,- Euro pro Aktiv-Jobber bis auf 35,- Euro herunter fallen.

Die Pflicht zur Qualifizierung der Ein-Euro-Jobber entfällt. Auch beim IAG hat man wohl mittlerweile eingesehen, dass für viele das xte Bewerbungstraining nichts an Qualifizierung bringt, oder dass manche Stellen keine Qualifizierung mit sich bringen: zum Beispiel „Straße fegen.“

So etwas geht, wie das IAG ganz allgemein schreibt, durch „learning bei doing“. Eine fachpraktische Qualifizierung muss sich hiervon deutlich qualitativ unterscheiden, um im Rahmen der Maßnahmepauschale berücksichtigt werden zu können.

Außerdem werden **neue Beurteilungsbogen** für die Teilnehmer eingeführt, um Integrationsfortschritte besser messen zu können. Statt beim Einzelnen anzusetzen sollte Bürokratie, wenn schon die jeweiligen Mitarbeiter zusätzlich mit etwas beschäftigt werden müssen, dazu benutzt werden, um **Stellenermittlung** zu betreiben. Das wäre eine notwendige und sinnvolle Ergänzung von Verwaltungsaufwand Und es wäre eine Konsequenz aus den bisherigen Erfolgszahlen, der leider immer noch zu wenigen Job-Scouts. Ansonsten ergeben sich erhebliche Zweifel, wie die derzeitige Vermittlungsquote von 4 % auf mindestens 15 % hochgeschraubt werden könnte. Zu fragen ist, wie realistisch die Einschätzung des IAG zu beurteilen ist, dass die Träger ab 2007 eine Integrationsquote von 30 % erreichen sollen. Wird diese Zahl nicht erreicht, soll er den monatlichen Teilnehmerbeitrag am Ende zurückzahlen müssen. (Malus)



An dieser Stelle kommt auch der Dritte Arbeitsmarkt ins Spiel. Im Bonus-Malus-System darf sich der Träger auch solche Integrationen gutschreiben, die in sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungen ver-

mittelt wurden, für die öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Das bremst ganz allgemein ein vermehrtes JobScouting in den ersten Arbeitsmarkt aus.

Und so könnte es laufen: Der Ein-Euro-Job-Teilnehmer bewährt sich während der Maßnahme und wird dann beim gleichen Träger in den Dritten Arbeitsmarkt vermittelt, wenn er die dafür geltenden Kriterien erfüllt. Also wird der Träger vorher schauen, ob das Hauptkriterium für eine Vermittlung in diesen Bereich, nämlich ein schwerwiegendes Vermittlungshemmnis, vorliegt.

Damit wird der Markt der Ein-Euro-Jobs, die allen Beteiligten bisher ein Zubrot versprach, gesprengt. Die Qualifizierten 35-Jährigen können nicht mehr ohne Weiteres mit einem Ein-Euro-Job rechnen, weil der Träger hohe Vermittlungszahlen nachweisen muss, was er ohne den Dritten Arbeitsmarkt nicht kann. Es sei denn er verzichtet auf einen Teil seiner Vergütung, und begnügt sich mit der guten Arbeit, die er erhält.



Der Bonus-/Malus Ausgleich dürfte ein schwer zu überschauendes Risiko in sich bergen. Ein Zuwachs an Bürokratie steht den Trägern in Aussicht.

Sie müssen **2 von 12** Ein-Euro-Jobbern in Arbeit integrieren. Dann ist die Sache kostenneutral. Bisher war ein Integrationskontingent nachzuweisen, soweit bekannt, keine Pflicht. Das immerhin wäre ein Fortschritt. Das Bedrängen von regulärer Beschäftigung durch ausufernde Ein-Euro-Stellen neigt sich damit dem Ende. Das führt bei vielen kleinen und mittleren Unter-

nehmen (KMU) in der Stadt sicher zum Aufatmen.

Best Ager: PAPAM

Das Internationale Migrantenzentrum der Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen/Bottrop - IMZ - hat unter dem Dach des Gelsenkirchener Beschäftigungspaktes für ältere Arbeitslose "Best Ager" die Initiative "PAPAM" entwickelt. "PAPAM" steht für: Projekt zur Analyse der Potenzial- und Arbeitsmarktsituation von Migranten. Noch bis Mitte Dezember werden arbeitssuchende Migranten über 50 von den Interviewern des IMZ befragt, um deren versteckte Potenziale offen zu legen. Das Ziel ist die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

Quelle: TV-Emscher-Lippe,
20.10.06



Noch mehr Rückmeldungen auf die erste Ausgabe der GEZ:

- 500 Stück Auflage für so viele arbeitslose Menschen in Gelsenkirchen sind wohl zu wenig. (*Antwort:* Wir hatten darauf hingewiesen, dass wir Spenden annehmen. ;-)
- Mehr Tipps über Beratungsangebote in der Stadt. (*Antwort:* Grundsätzlich ja. Zusätzliche Info: Adressen und Telefonnummern stehen jeden Dienstag in der WAZ im Lokalteil)
- Die pdf-Datei muckt beim Acrobat Reader 4.0. (*Antwort:* Ja, wissen wir. Ist ein KompatibilitätsProblem. Werden wir nicht ändern; denn: ein Acrobat Reader in höherer Version ist kostenlos im Internet abrufbar. Wir hatten dafür, neben dem download-link, auch gleich einen Link dazu bereit gehalten.
- Zum Teil sogar sogar besser als die lokale WAZ. (*Danke!*)
- Eine Seite mit der Meinung der Agentur wäre ganz interessant. (*Rückfrage:* Was ist gemeint. Sponsoring a lá ARD? ;-)
- Letzteres war der Beitrag auf dieser Seite zur gewünschten Aufheiterung/Karikatur.

McZahn und Co. – Der Weg zum Hartz IV gerechten Zahnersatz

Dass Hartz-IV-Empfänger Anspruch auf zusätzlichen Zuschuss zum Zahnersatz haben ist mittlerweile Vielen klar. Der Anspruch auf zusätzlichen Zuschuss bei SGB 2-Empfängern (Hartz IV= Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch) ist in die neue Gesetzesfassung des Sozialgesetzbuch V, § 55 (ab 22.12.2005), aufgenommen worden.

Gesetzestext-Quelle:

http://bundesrecht.juris.de/sgeb_5/_55.html

Dennoch tauchen oft Fragen im Zusammenhang mit Zuzahlungen auf. Diese betreffen neben Keramikverblendungen über Metallkronen, Zusatzleistungen für die Zahnärztliche Arbeitsleistung, die sich einige Zahnärzte extra gönnen.



Sollte der Zahnarzt nicht in der Lage sein, eine kassenärztliche Versorgung ohne Zuzahlung zur Verfügung zu stellen, sollte man einen anderen Zahnarzt befragen. Oft hilft das zum gewünschten Ziel, der kompletten Zuzahlungsfreiheit. Das ist dann Hartz-IV gerechte, da zuzahlungsfreie Zahnarztleistung.

Im Übrigen haben Verbraucherschützer keine Bedenken gegen den Billig-Zahnersatz aus China. Gesundheitsexperte Kai Vogel von der Verbraucherzentrale in Düsseldorf ist der Ansicht, dass asiatischer Zahnersatz nicht unbedingt schlechter als deutscher sein müsse. Außerdem gebe es schon Zahnärzte, die in ausländischen Laboren fertigen lassen. Allerdings rät er Patienten, die Preise zu vergleichen.

Auf der Website www.2te-zahnarztmeinung.de kann man den billigsten Zahnersatz ersteigern.

www.mczahn.de wird in Gelsenkirchen von folgenden Zahnärzten angeboten:

- Dr. Erich Hiebsch, 45899 Gelsenkirchen, Essener Str. 54, 0209/579 29
- Dr. Joachim Gronemeyer, Ückendorfer Str. 111, 45886 Gelsenkirchen, Telefon 0209/944 20 10
Vorstand Zahnärzterein GE e.V.

(JS)



8,- Euro Zuzahlung bei der Gesundheitsreform

Berlin Die beabsichtigte Zuzahlung von 8,- Euro zu den Mitgliedsbeiträgen sollen beim Arbeitslosengeld II erstattet werden.

Die Gesundheitsexpertin und stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Elke Ferner sagte der Zeitung: "Es wird garantiert sein, dass das Existenzminimum, das mit der Arbeitslosengeld-II-Leistung abgedeckt ist, durch eventuelle Zusatzbeiträge nicht unterschritten wird." Aus Regierungskreisen wurde der Zeitung ergänzend bestätigt, dass ALG-II-Bezieher durch den am kommenden Mittwoch im Bundeskabinett vorgelegten Gesetzesvorschlag zur Gesundheitsreform doppelt vor unsozialen Wirkungen durch den Zusatzbeitrag geschützt werden sollen:

Für ALG-II-Bezieher gebe es "das Sonderkündigungsrecht", so dass Krankenkassen, die einen Zusatzbeitrag erheben wollen, sofort, ohne die sonst übliche zweimonatige Kündigungsfrist, gewechselt werden können. Sollte es darüber hinaus trotzdem zu sozialen Härten kommen, werde sichergestellt sein, "dass dann die Gemeinschaft aller Steuerzahler und nicht der Einzelne zur Kasse gebeten wird".
<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=889826&ressort=2>

Rückfragen bitte an: Leipziger Volkszeitung, Büro Berlin, Telefon: 030/726 262 000

Weihnachten ist im Regelsatz nicht enthalten

Abgehängtes Prekariat? Teuren Schinken kann ich mir nicht leisten. - Kinder in Not? - Erinnert mich an Care-Pakete. - Den meisten Menschen ging es dreckig, damals. Einigen Wenigen nicht. Heute sind die Meisten noch die Wenigen. Morgen sind es wieder mehr.

Neben mir in der Kirche sitzt ein ehemaliger leitender Angestellter. - Mit 48 wies man ihm die Tür, sagt er. Seitdem ist er im „Heer der Arbeitslosen“ angekommen. Danke: Komisch, ein Heer das nicht kämpft?!!

Im Fernsehen läuft die anrührende Geschichte von Michael Degen aus der Nazizeit: „Nicht alle waren Mörder.“ - Draußen ist es kalt.

Schneeregen und Winterzeit, mit Glühweinstimmung, stehen vor der Tür. Nachrichten: Aus Südafrika wird kiloweise Kaffee für Hartz IV-Empfänger nach Berlin verschickt. In Afrika hat man von der Armut bei uns gehört, und hat reagiert. - Zeitungsnotiz: Weihnachten aus dem Karton. Geschenke der Hoffnung. Für Kinder in Not! Auf dem Logo der Organisation ein Flugzeug.



„Warum ein Flugzeug?“, frage ich laut. Keiner hört mich. Alle ausgeflogen? Ein Flugzeug. So ein Quatsch. Dabei ist Weihnachten im Regelsatz doch gar nicht enthalten.

Schon seit Tagen überlege ich, was ich mit Weihnachten machen soll. Vor allem mit den Kindern. Meine Frau versteht das. Aber die Kinder! Und dann schicken sie die Weihnachtskartons mit dem Flugzeug in alle Welt. Gibt es denn nur noch Bekloppte auf dieser Welt?!?, sinniere ich sarkastisch. Wären da nicht die reichen Afrikaner, die uns in unserer Not Kaffee schicken

würden, sähe es noch beschissener aus, setze ich noch eins drauf.

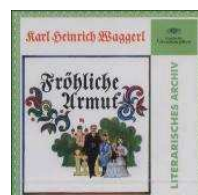
Na ja, so ist das halt mit der Globalisierung, kriege ich mich wieder ein. Es gibt eben viele Orte auf dieser Welt, da findet Weihnachten einfach gar nicht statt. Warum nicht auch bei uns!?

Wegen is` nich`! Ist im Regelsatz von Hartz IV einfach nicht enthalten. Und die Kartons für die Kinder fliegen nach Afrika. - Na sauber!

Etwas Rührung wieder im Fernsehen. Der Film geht weiter. Vielleicht sollte ich mit meinem Sohn Michael auch Sterne basteln. Mit „1199“ drauf. „Existenzgründer unter Hartz IV, bitte nichts auszahlen!“ Ihre Hamburger Sparkasse. - Na toll.

„Michael hol den Mantel. Wir gehen!“, sage ich plötzlich schroff. Ich hatte den Zug auf dem Verschiebebahnhof einfahren hören. „Wir wollen zusehen, wie unsere Selbstachtung und unsere Würde verladen werden.“

Schöne Weihnachten Euch anderen.
Eurer Klaus (JS)



Geschäfte bekommen Arbeitslose "geschenkt"

AMS spendiert dem Weihnachtsgeschäft Wiedereinsteigerinnen - Handel muss nichts bezahlen

Wien - Der Handel lässt sich für das Weihnachtsgeschäft Arbeitskräfte schenken. Rund 200 Wiedereinsteigerinnen, die eine entsprechende Schulung absolviert haben, werden bis längstens 06.01.2007 in österreichischen Handelsbetrieben aushelfen. Die Kosten übernimmt zu 100 Prozent das AMS, bestätigt der stellvertretende AMS-Chef Karl Fakler, einen Bericht in der Ausgabe der Tageszeitung "Die Presse" vom 20.11.06. Die Handelsunternehmen erhalten die **Arbeitskräfte zum Nulltarif**. Die Aktion ist freiwillig. Die Gemeinschaftsaktion von Wirtschaftskammer und AMS wird **"Aktion Weihnachtsengerl"** genannt.

<http://derstandard.at/?url=/?id=2666007>

Weihnachten ist im Regelsatz nicht enthalten

-Teil 2:
Tage später -



WDR Lokalzeit Ruhr - Themen der Sendung - Weihnachtspäckchen von Nebenan

<http://www.wdr.de/studio/essen/lokalzeit/aktuelles/thema10.jhtml>

Eine Aktion der Tafeln im Ruhrgebiet



Mehr als 5000 Bedürftige zählen die Tafeln im Ruhrgebiet von Bochum bis Oberhausen. Und es werden immer mehr Menschen, die die Unterstützung durch Lebensmittel

und Utensilien des täglichen Bedarfs dringend brauchen. Deshalb ist das ehrenamtliche Engagement der Tafeln auch so wichtig. Armut gibt es eben nicht nur weit weg in der Dritten Welt, sondern auch "vor der eigenen Haustür".

Mit den **Weihnachtspäckchen von Nebenan** können Lokalzeit-Zuschauer genau da helfen und anderen Menschen eine wirklich schöne Bescherung bereiten. Die Päckchen sollten einen Wert von ca. 15 Euro haben (wer mehr geben möchte, kann gern mehrere Päckchen packen) und mit **haltbaren** Lebensmitteln gefüllt sein, die zu einem schönen Weihnachten gehören könnten, natürlich auch Selbstgebackenes wie Plätzchen und Stollen.

Bei der Verpackung sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt - bis auf zwei Kleinigkeiten: es sollten tatsächlich Päckchen und keine Körbe oder Säcke sein (wegen der Lagerung). Die Päckchen brauchen keinen Deckel (umso schöner lassen sie sich nämlich füllen und dekorieren).

Mitmachen können alle: Privatpersonen, Sportvereine, Schulklassen, Betriebe, Kin-

dergärten...., damit möglichst viele **Weihnachtspäckchen von Nebenan** zusammenkommen.

Fertig gepackt sein sollte bis zum dritten Adventwochenende. **Vom 15. - 17. Dezember nehmen die Tafeln in Ihren Städten die Päckchen an.**

Bochum	Wattenscheider/Bochumer Tafel, Laubenstr. 19
Essen	Essener Tafel, Steeler Str. 137
Gelsenkirchen	Gelsenkirchener Tafel, Bismarckstr. 27
Gladbeck	Gladbecker Tafel, Bülsersstr. 145

Erwerbslose fordern: Missbrauch bekämpfen

Laut einem Zeitungsbericht schleusen deutsche Kapitalgesellschaften jährlich rund 65 Milliarden Euro (kein Druckfehler!) am Fiskus vorbei. Die konservative Zeitung „Die Welt“ berief sich mit dieser Zahl auf ein internes Papier des Bundesfinanzministeriums. Experten des Ministeriums haben den horrenden Betrag ermitteln können. Wir fragen: Warum wird dieser enorm teure Missbrauch nicht endlich wirksam bekämpft? Warum werden die Steuerhinterzieher nicht bestraft? Bei Erwerbslosen wird gerne über den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen geredet und berichtet. Gilt hier etwa zweierlei Maß? Und warum ist diese Meldung nicht größer in den Zeitungen gebracht worden, damit der skandalöse Sachverhalt allgemein bekannt wird?

Franz Schart

Betriebsrat von Grullbad Recklinghausen siegt vor dem Arbeitsgericht Herne –

BA ermittelt gegen Ein-Euro-Jobs

WDR III, Lokalzeit Dortmund
9. November 2006, 19:30 Uhr

Moderator:

...an die Kündigung schickte. Die Gewerkschaft sagt dazu: „Hier geht es nicht um das angebliche Fehlverhalten des Koches, sondern darum, dass das städtische Seniorenheim durch den Einsatz von Billigkräften sich sanieren möchte. Der Koch sei dem Altenheim wohl zu teuer gewesen. Heute war Termin vor dem Arbeitsgericht in Herne.

Peter Lautsch:

Der Koch und Betriebsrat Frank Kruczynski klagt auf Wiedereinstellung. Sein Arbeitgeber, das städtische Seniorenzentrum in Recklinghausen hat ihm gekündigt. Er soll den Betriebsratsvorsitzenden mit Gratisfrühstück versorgt haben.

Frank Kruczynski, Koch und Betriebsrat:

Wir haben genau so gehandelt, wie es hausüblich war und den besonderen Fall mit dem Betriebsrat haben wir so gehandelt, wie es mit der Hausleitung abgesprochen war.

Rolf Kohn, BR-Vorsitzender Seniorenheim Grullbad:

Ich habe mein Frühstück immer über die Gehaltsabrechnung bezahlt. Die anderen Kollegen auch. Ein anderer Teil des Betriebsrates hat auch bar bezahlt.

Peter Lautsch:

Alles vorgeschoben sagt die Gewerkschaft.



Der eigentliche Grund für die Kündigung: Koch und Betriebsrat Kruczynski sei ein unbequemer Mitarbeiter. **Er habe den Einsatz von Billigjob-bern im**

Altenheim kritisiert. Jeder vierte Beschäftigte ist hier eine 1-Euro-Kraft.

Thorsten Waschulewski, ver.di-Recklinghausen:

Die Betriebsräte haben deutlich gemacht, dass es dort im Seniorenzentrum in Grullbad Beschäftigungen gibt, die eigentlich durch reguläre Arbeitskräfte erledigt werden müssen. Die werden jetzt aber durch 1-Euro-Kräfte erledigt. Dadurch spart man eine Menge Geld, erledigt die Arbeit aber trotzdem.

Peter Lautsch:

Eigentlich sollen die 1-Euro-Kräfte das fest angestellte Personal nur etwas unterstützen

und den Senioren das Leben im Alltag etwas erleichtern durch Begleitung bei Spaziergängen oder Hilfe beim Einkauf. Die Stadt hat hier (im Seniorenzentrum Grullbad der Stadt Recklinghausen – d. Verf.) Drehverbot erteilt, aber zu Hause und anonym schildern uns 1-Euro-Kräfte ihren Einsatz im Seniorenzentrum.

1-Euro-Kraft (männliche Stimme nachgesprochen):

Meine Haupttätigkeit war dort die Stationsküche, also Butterbrote schmieren für die alten Leute, Essensausgabe, Abendbrot, je nach Schichtdienst den man hatte.

Anschließend war auch eventuell Mithelfen in der Pflege beim Lagern, Toilettengänge bei alten Leuten mithelfen und wenn die Pampers voll waren, dann haben wir gelegentlich auch die Pampers gewechselt.

1-Euro-Kraft (weibliche Stimme nachgesprochen):

Den Leuten zu helfen vom Zimmer zum Tisch zu gehen, sie an den Tisch zu bringen, mit oder ohne Rollstuhl den Stuhl zu schieben, manchmal auch heben, ja selbst Tabletten verteilen.

1-Euro-Kraft (männliche Stimme nachgesprochen):

Ohne uns, sag' ich, hätten die das nicht geschafft. Man hat Mangel an Personal. Dann hätte das nicht geklappt, wenn die 1-Euro-Jobber nicht da gewesen wären.

Peter Lautsch:

Die Stadt als Träger des Altenheimes verteidigt den massiven Einsatz der 1-Euro-Jobber.

Georg Möllers, Sozialdezernent Stadt Recklinghausen:

Der Sozialausschuss hat die Verwaltung ausdrücklich beauftragt, so viel 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten als Stadt zu schaffen, wie wir es können, weil in dieser Region Langzeitarbeitslosen nichts anderes zu bieten ist, als eine solche Chance.

Peter Lautsch:

Die Bundesagentur in Nürnberg prüft jetzt, ob sich das städtische Seniorenzentrum durch den Einsatz der Billigarbeitskräfte unrechtmäßig bereichert. Koch und Betriebsrat Frank Kruczynski bekam heute vor dem Arbeitsgericht übrigens Recht. Er muss mit sofortiger Wirkung wieder eingestellt werden.

Quelle:

<http://www.recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de/pdf/kruczynski.pdf?PHPSESSID=c6c970998464e586637d8600b86983c9> (pdf-Datei u.a. mit WAZ-Berichten vom 09.11.06 über den Prozessserfolg)

Ausstellungseröffnung Termin

Industrie- und Sozialpfarrer Dieter Heisig lädt zur Feier des ersten Advent ein: am Sonntag, den 3. Dezember 2006, um 15.30 Uhr.

Einer bewährten Tradition des Evangelischen Industrie- und Sozialpfarramtes im Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid entsprechend wird der 1. Advent auch in diesem Jahr an einem wenig sakralen und für einen (evangelischen) Gottesdienst ungewöhnlichen Ort gefeiert, nämlich im Bildungszentrum in Gelsenkirchen. Der Grund sind die für eine Ausstellung gut geeigneten und von vielen Menschen besuchten Räume des Bildungszentrums und der Bücherei. Nach dem Gottesdienst wird **im Foyer (des Bildungszentrum) eine Ausstellung eröffnet. Sie trägt den Titel „Harte Zeiten! Hartz IV: Zum Leben zu wenig ...“** und erinnert an die Aktionsreihe des Kirchenkreises und der Hartz Selbsthilfegruppe im Jahre 2005. Unter dem Motto „Harte Zeiten! Sozialabbau und Hartz“ führten Mitglieder der Selbsthilfegruppe gemeinsam mit Dieter Heisig in den Monaten September, Oktober und November vier Aktionen auf dem Heinrich-König-Platz vor der Altstadtkirche durch. Auf vielfältige Weise verdeutlichten die Aktionen die Probleme, die seit Inkrafttreten von Hartz IV und der Gewährung von Arbeitslosengeld II auf die Betroffenen zukommen. Dieser Gedanke wird mit der Ausstellung ausgeweitet. Anhand von Einzelschicksaalen stellt sie die massive Einflussnahme von Hartz IV auf die Lebenslage der Betroffenen dar. Dankenswerterweise haben sich drei Frauen zu Interviews und zur Veröffentlichung ihrer Porträts bereit erklärt. Darüber hinaus wollen wir mit dieser Ausstellung den Falschmeldungen und Lügen entgegentreten und Betroffenen Mut machen, sich zu solidarisieren.

Ankündigungen/Themen für die nächsten Ausgaben:

- Wir stellen vor: die Beratungsstelle für Langzeitarbeitslose der GABS gGmbH.
☎ 0209 -177 99 20
- Projekt „AGH Gelsenkirchen“

- Gewerkschaftliche Mitspracherechte beim IAG – ein Drama.
- Wohnen und Heizen in GE
- Bundessozialgericht „Regelsatz-Entscheidung“ v. 23.11.06

Impressum:

Herausgeber:

Hartz IV-Selbsthilfegruppe im Industrie- und Sozialpfarramt Dieter Heisig, Pastoratstr. 10, 45879 Gelsenkirchen



Phone 0209 – 179 82 11

Redaktion

Franz Schart

Joachim Sombetzki

(V.i.S.d.P.)

Druck: Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid

Einzelne Artikel geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Die Gelsenkirchener Erwerbslosen Zeitung wird kostenlos an soziale Einrichtungen und Betroffene verteilt. Spenden ans **ISPA** sind willkommen.

Auflage: 500 Stück

Fotos:

- Informationsrecht
http://www.netzwerkrecherche.de/bilder/logo_ifg.jpg
- Zahn
www.gifs-cliparts-kostenlos.de
- GE-Logo: Pressestelle
http://www.gelsenkirchen.de/Leben_in_GE/Pressestelle/Herz_im_Revier_voll_Kraft_und_Zauber.asp
- Hartz-IV-Tannenbaum:
<http://www.scharlachshop.de/catalog/images/pk1110.jpg>
- Rat-und-Hilfe der Stadt Gelsenkirchen
<http://www.rat-und-hilfe-ge.de/details.asp?DIID=1872&Ortid=82&InstanzID=31166>
- AMS (Wien)
- Spunk-GE
- Erwerbsbeteiligung IT – NRW
<http://www.arbeitsmarkt.nrw.de/aktuelles/fotogalerie-mags-fachtagung06.htm>
- Best Ager
http://www.best-ager-50plus.de/images/dynamic/key_visual6.jpg

Die Zeitung steht im Internet mit weiteren Informationen zum kostenlosen download bereit. Unter: <http://people.freenet.de/sombetzki/>